

# Lebenslügen der Linken – oder von einem in hohem Maße selbst verschuldeten, aber auch schicksalhaften Untergang. Oder doch nicht?

von  
Egbert Scheunemann<sup>1</sup>  
Anfang Dezember 2023

Um mit der Tür ins Haus zu fallen: Die Entgegensetzung von soziokulturellen und geschlechtsspezifischen Identitätsfragen einerseits und *dem* klassischen linken Thema, nämlich soziale Gerechtigkeit, andererseits ist schlechterdings idiotisch. Warum sollte ich nicht für die soziale und rechtliche Gleichstellung aller – ob biologisch oder wie auch immer definierter – Geschlechter sein und *gleichzeitig* für eine gerechte Teilhabe aller Menschen am gemeinsam geschaffenen materiellen Reichtum der Gesellschaft? Warum nicht *gleichzeitig* für die Homo-Ehe *und* eine Mindestlohnerhöhung, die Einführung einer Kapitalumsatzsteuer oder die Verdoppelung der Erbschaftssteuer? Warum nicht *gleichzeitig* für die Förderung des Anteils von Frauen in den Vorstandsetagen der Konzerne – *und* die zunehmende demokratische Mitbestimmung und Kontrolle bis hin zur perspektivischen demokratischen Sozialisierung dieser Konzerne insgesamt?

Und warum sollte es einen Widerspruch geben zwischen dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, des Energie-, Verkehrs- und Agrarsystems – *und* der Forderung nach einer demokratischen Kontrolle und Gemeinwohlorientierung von Industriebetrieben, inklusive Agrarindustrie? Funktioniert das Mitbestimmungsgesetz nur in Energiekonzernen, die Kohle verbrennen – nicht aber in solchen, die ihrer Kundschaft Solaranlagen aufs Dach und an die Ost-, Süd- und Westfronten ihrer Häuser montieren oder Offshore-Windparks auf hoher See? Demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit funktionieren nur mit Kohle oder gar russischem Gas – nicht aber mit Sonne und Wind? Um es hochwissenschaftlich zu formulieren: Geht's noch?

Und was schließlich sollte es für ein Widerspruch sein, für die massive Verbesserung der Lebenslagen der sozialen Unterschichten (Ja, die gibt es!) zu sein und zu kämpfen – aber die internationale Solidarität, so hieß das früher zumindest mal, mit den sozial noch viel weiter unten stehenden Verdammten dieser Erde nicht zu vergessen? Also den vor Krieg und Hunger Geflüchteten so weit wie möglich zu helfen? So weit wie *möglich*? Um es also vorab gleich anzudeuten: Was wäre diesbezüglich nicht alles *möglich* nach einer massiven Erhöhung der Spitzensteuersätze, der Erbschaftssteuer, der Einführung einer Kapitalumsatzsteuer – bei gleichzeitiger massiver Besserstellung der Verdammten dieser Erde auch mit deutschem Pass. Internationale Solidarität muss nämlich keinesfalls auf Kosten nationaler Solidarität mit jenen gehen, denen es im eigenen Land auch als deutsche Staatsbürger dreckig geht.

Was also sind die Gründe, warum *Die Linke* seit geraumer Zeit aus allen Landesparlamenten fliegt, vor dem Aus auch auf Bundesebene steht – ja vor der Spaltung in einen national-sozialkonservativen Flügel (Wagenknecht-Fraktion) und einen Resthaufen (inklusive meiner Wenigkeit), den man wie auch immer benennen will?

Um das zu verstehen, muss ich etwas weiter ausholen, auch in die Anthropologie, ins Menschenbild vieler Linker, in die Geschichte, in historisch gewachsene, bis heute – und speziell in multidimensionalen Krisen und Bedrohungssituationen wie derzeit – dominant

---

<sup>1</sup> Ich möchte mich bei Christian Thies (Professor für Philosophie an der Universität Passau, Schwerpunkte Praktische Philosophie, Politische Philosophie u. a.) für viele kritische Kommentare und Anregungen bedanken, die er mir nach Lektüre eines ersten Entwurfes dieses Artikels zukommen ließ. Für alle verbleibenden Unstimmigkeiten bin freilich allein ich verantwortlich.

wirksame Mentalitätsstrukturen. Mentalitätsstrukturen, die allen politischen Kräften zugutekommen. Nur nicht der Linken – von ihrer werdenden national-sozialkonservativen Wagenknecht-Fraktion abgesehen.

### **Die Unterschätzung des Vormodernen in der kapitalistischen Moderne**

Es ist eine, wenn nicht *die* Lebenslüge vieler Linker: der Glaube, die Hoffnung, dass mit der Abschaffung kapitalistischer Ausbeutung das Menschenglück schlechthin erreicht sei, die sozialistische Gesellschaft der Freien und Gleichen. Was sind, so ist hingegen zu fragen, die Gründe, warum sämtliche sozialistischen oder auch nur ‚sozialistischen‘ Experimente und Revolutionen der Neuzeit letztlich gescheitert sind? Warum endete die Französische Revolution von 1789 schnell im jakobinischen Terror? Warum die russische Oktoberrevolution von 1917 bald im stalinistischen Terror und letztlich im Untergang der UdSSR? Warum die chinesische Revolution von 1949 im Terror der maoistischen Kulturrevolution und in einer bis heute herrschenden Einparteiendiktatur, die als sozialistische zu bezeichnen nur politikanalytisch vollendet Unfähigen einfallen kann? Wie sind Pol Pot, Robert Mugabe oder Daniel Ortega zu erklären? Die schnelle Verwandlung ehemaliger sozialistischer Revolutionäre in menschenfeindliche Autokraten, wenn nicht blutrünstige Monstren?

Es sind halbe, wenn nicht ganze Bibliotheken vollgeschrieben worden beim Versuch, diese Fragen zu beantworten. Ich kenne eine Antwort, die mir als Politikwissenschaftler, der sich seit über 45 Jahren mit diesen Fragen immer wieder beschäftigt, so gut gefällt wie keine andere, die so viel Erklärungskraft hat wie keine zweite – auch wenn sie bitter ist: Man kann mit Massen autoritär strukturierter Zwangsneurotiker, mit Scharen von Rassisten, Sexisten, Ethnozentrizern, Nationalisten und den verängstigten, ressentimentgeladenen Deklassierten aller Klassen (August Thalheimer), die erfahrungsgemäß nach unten treten statt sich mit denen zu solidarisieren, die genauso weit unten wie sie selbst oder noch weiter unten stehen – kurzum, man kann mit solchen Menschen keinen Sozialismus schaffen, am wenigsten einen antiautoritären, freiheitlichen, demokratischen, rechtsstaatlichen, international solidarischen Sozialismus. Und am allerwenigsten von heute auf morgen, also auf revolutionärem Wege. Menschen, die mit Freiheit, Selbstbestimmung, Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechten und Geschlechtergleichheit noch keinerlei Erfahrung hatten, weder politisch noch sozial noch lebensweltlich, verwandeln sich nicht über Nacht – wie Phönix aus der Asche – in universell entfaltete Persönlichkeiten, die ebenso individuell souverän wie sozial und ökologisch verantwortet ihre Freiheit leben. Dem Ziel der ganzen Arie. Genannt Sozialismus. Nach Marx zumindest: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (MEW Bd. 4, S. 482) Mit anderen Worten: Die freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung eines wahren, eines freiheitlichen Sozialismus.

Prophylaktisch (mir schwant eine bestimmte Kritik am eben Gesagten) und in der hier gebotenen Kürze sei festgestellt: Selbstverständlich gab es viele andere Gründe, warum die genannten drei großen Revolutionen der Neuzeit gescheitert sind. Unter diesen sekundären Gründen war der wichtigste bestimmt der massive, in der Regel gewalttätige Widerstand der politischen Reaktion, der entmachteten ehemaligen Herrschenden sowie der in den umliegenden Ländern weiterhin herrschenden feudalistisch-monarchistischen Systeme, die ein Übergreifen revolutionärer Entwicklungen auf ihren Herrschaftsbereich fürchteten. Ein weiterer wichtiger Grund für das Scheitern war die Durchführung dieser Revolutionen in Ländern, in denen ein hinreichend starkes Bürgertum, das sich politische Freiheiten schon (revolutionär) erkämpft hatte, nicht oder nur sehr schwach entwickelt war. Diese drei Revolutionen waren also durch die Reihe Versuche, direkt aus dem Feudalismus – samt seiner autoritären Mentalitätsstrukturen in den Köpfen der überwältigend

großen Mehrheit der Bevölkerung – heraus auf die Entwicklungsstufe des Sozialismus zu springen. Mit bekannten Ergebnissen.

Das sei doch alles Schnee von gestern – das mit der französischen, russischen oder chinesischen Revolution? Mit den feudalistischen, vormodernen politischen, sozialen und lebensweltlichen Verhältnissen und Geisteshaltungen? Den vormodernen mentalen Strukturelementen, also Rassismus, Sexismus, Ethnozentrismus, Autoritätsorientierung etc., in den Köpfen der Menschen? Eben nicht! Seht Euch doch an, was geschieht! Weltweit obsiegt eine Diktatur, ein autoritäres Regime nach dem anderen – und selbst im Westen bzw. in den westlich orientierten, noch halbwegs als politische Demokratien zu bezeichnenden Ländern rennen die Wählenden in Heerscharen den Rechten, den Autoritären hinterher – freiwillig. Trump, Orban, Meloni, die Rechtsparteien in Frankreich, Dänemark oder Schweden, die AfD in vielen ostdeutschen Regionen und Bundesländern schon oder bald stärkste Fraktion – alle freiwillig vom Volk gewählt. Freiwillig! Von universell entfalteten Persönlichkeiten? Souveränen Kosmopoliten? Humanisten? Demokraten? Freiheitsliebenden Weltbürgern?

Wir halten also vorerst fest: Die universell entfaltete Persönlichkeit ist mindestens ebenso Voraussetzung wie Ziel eines wahren, eines freiheitlich-demokratischen, humanen und auch ökologisch verantworteten Sozialismus. Was mit Heerscharen von autoritären, in hohem Maße noch vormodern geprägten Zwangscharakteren möglich ist, sind hingegen allein autoritäre Zwangssysteme – siehe oben. Siehe Stalin, Mao, Pol Pot, Muğabe, Ortega – und wie sie alle heißen.

### **Autoritäre, traditionale Orientierungen in der Linken selbst**

Nach dem aggressiven, mörderischen Überfall des autoritären Putin-Regimes auf die Ukraine konnte man innerhalb der Linken teilweise kaum seinen Ohren oder Augen trauen. Man hatte das Gefühl, dass manche Linke noch in der hinterletzten Ecke ihrer politikanalytischen Unfähigkeit und Geschichtsblindheit eine Rechtfertigung zu finden meinten oder konstruieren zu können für Putins verbrecherisches Handeln – denn muss man Russland als Linker nicht irgendwie verstehen und rechtfertigen? War Russland nicht der Ort, an dem die große Oktoberrevolution von 1917 stattfand, die Sowjetunion gegründet wurde und zumindest knappe siebzig Jahre versuchte, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen? War nicht der kapitalistische Westen auch daran schuld, dass dieses Experiment scheiterte? Trug er also nicht auch Mitschuld an den Entwicklungen in den Nachfolgestaaten der UdSSR – inklusive Ukraine? Inklusive Einkesselung Russlands durch die NATO?

Die ‚Logik‘ dieser Argumentation entspräche jener, nach der man weiterhin irgendwie für Frankreich sein müsse – auch nach einem Sieg von Marine Le Pen bei einer kommenden Präsidentschaftswahl. Denn ist Frankreich nicht nach wie vor das Mutterland von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und ehemalige Bühne der Großen Französischen Revolution von 1789, der Pariser Kommune von 1871, der Résistance gegen Hitler?

Dieser ‚Logik‘ entspricht dann auch die blinde Unterstützung mancher Linker, wenn nicht ‚Linker‘, von schlechterdings allem – wenn es nur gegen den kapitalistischen Imperialismus, den Westen, die USA geht. Auch von Befreiungsbewegungen, wenn nicht ‚Befreiungsbewegungen‘, die zutiefst völkisch, autoritär, wenn nicht islamistisch motiviert sind. Man nehme nur zur Kenntnis, wie manche Linke, wenn nicht ‚Linke‘, auf den jüngsten Angriff der terroristischen, diktatorischen, radikalislamistischen Hamas auf Israel reagierten – mit Verständnis für und Solidarität mit ‚den‘ Palästinensern statt mit den Israelis. Wie wenn das Eines wäre, die Palästinenser und die Hamas, die Hamas und die Palästinenser. Man frage die gut zwanzig Prozent israelischen Staatsbürger palästinensisch-arabischen Ursprungs, ob die Palästinenser und die Hamas Eines sind – und ob sie lieber unter der Herrschaft der Hamas statt in Israel leben möchten.

Diese ‚Linken‘ haben bis heute nicht begriffen, dass es für die vielen, vielen gewalttätigen Konflikte im Nahen Osten – von denen der zwischen Israel und ‚den‘ Palästinensern eben nur einer, aktuell gleichwohl die Schlagzeilen beherrschender ist – exakt nur eine Ursache gibt: Israel ist umzingelt von autoritären, immer wieder gewalttätigen Diktaturen und Terrororganisationen. Wäre Israel hingegen umzingelt von halbwegs funktionierenden freiheitlichen, rechtsstaatlichen politischen Demokratien – es gäbe *keinen* dieser vielen, vielen *gewalttätigen* Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Keinen. Diktaturen sind immanent und immer wieder auch manifest gewalttätig, nach innen, nach außen. Diktatur ist nur ein anderes Wort für – Gewalt. Ein Beispiel hingegen, dass eine politische Demokratie, die ihren Namen verdient, eine andere politische Demokratie, die ihren Namen verdient, gewaltsam überfallen hätte, wird man mir hingegen nicht nennen können.

Auch hier sei prophylaktisch absehbarer Kritik an diesen Ausführungen entgegnet: In langen, Jahrzehnte dauernden gewalttätigen Konflikten werden erfahrungsgemäß beide Seiten immer hässlicher – auch die anfänglich ‚Guten‘. Es kommt zu Verhärtungen, zur Militarisierung, zu autoritären Entwicklungen im gesamten Rechts- und Sicherheitssystem, zu Wagenburgmentalitäten, zu einem Changieren zwischen Verteidigungs- und Angriffsmodus, zu einem sich Hochschaukeln der Extremisten auf beiden Seiten. Die sich seit Jahren – also weit vor dem 7. Oktober 2023 – abzeichnenden und verschärfenden innenpolitischen Entwicklungen in Israel in Richtung eines rechtspopulistisch-autoritären Systems sind eine traurige Bestätigung dieser Erfahrung. Aber eben auch eine Bestätigung des oben Gesagten: Desto autoritär-diktatorischer ein System ist – desto gewalttätiger ist es. Also nochmals: Wäre Israel von funktionierenden Demokratien umzingelt, es hätte die vielen Kriege im Nahen Osten der letzten langen Jahrzehnte nie gegeben. Den von der Hamas am 7. Oktober 2023 begonnenen auch nicht.

Und damit zurück zum eigentlichen Thema: Der Flirt vieler Linker mit dem Autoritarismus begann schon sehr früh. Und kein Begriff, von dem des *Stalinismus* abgesehen, beschreibt diesen so prägnant wie der des *Marxismus-Leninismus* – ein Begriffs- und Selbstwiderspruch par excellence, einer, wie man ihn sich schlimmer kaum ausdenken könnte. Was ich damit meine, habe ich anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx am 5. Mai 2018 wie folgt formuliert:

„Eines Basisdemokraten [wie Marx; E.S.]? Ja, eines Basisdemokraten! Denn alles, was Marx in seiner (...) programmatisch-paradigmatischen Darstellung und Affirmation der Pariser Kommune von 1871 an grundlegenden Prinzipien einer sozialistischen Gesellschaft formuliert (imperatives Mandat, Rotationsprinzip, jederzeitige Abwählbarkeit aller politischen Funktionsträger, Bezahlung Letzterer wie Facharbeiter etc.), findet sich nicht etwa in den Programmstatuten welcher (historischen) kommunistischen Partei auch immer (KPdSU, KP Chinas, DKP etc.) – sondern im ersten Programm der bundesdeutschen Grünen. Man fragt sich, wenn man Marxens basisdemokratische Lobeshymne auf die Pariser Kommune liest (die wohlgemerkt 1871, also Jahre *nach* dem „Kapital“ und den anderen, sagen wir mal: eher ökonomistischen Grundlagenwerken des ‚wissenschaftlichen‘ Sozialismus ausformuliert wurde), wie Menschen jemals vom Marxismus-Leninismus sprechen konnten, also Marx, mit Engels *der* Theoretiker des *Absterbens des Staates* als Herrschaftsinstrument (vgl. MEW Bd. 19, S. 224), in eine Reihe stellen konnten mit Lenin, dem Großtheoretiker des ‚demokratischen Zentralismus‘ und des autoritären Kriegskommunismus, dem Umdeuter der „Diktatur des Proletariats“ – die nach Marx und Engels in der basisdemokratischen Revolution der Pariser Kommune ihre reale Ausdrucksform, ihre paradigmatische Verwirklichung gefunden hatte (MEW Bd. 17, S. 625) – in die Diktatur der bolschewistischen Partei und vor allem ihrer Führung und ganz speziell ihres Führers.“<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Vgl. Egbert Scheunemann: Ein paar Sätze zu Marx – anlässlich seines 200. Geburtstags am 5. Mai 2018. Hier und da durchaus persönlich ([www.egbert-scheunemann.de/Ein-paar-Saetze-zu-Marx-Scheunemann.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Ein-paar-Saetze-zu-Marx-Scheunemann.pdf)), S. 1-2

Es sei betont, dass auch radikal basisdemokratische Systeme nicht davor gefeit sind, zu scheitern: Auch sie haben mit den überkommenen autoritären Mentalitätsstrukturen in den Köpfen großer Bevölkerungsteile zu kämpfen. Als quasi permanente Revolution und permanenter politischer Aktivismus auf Dauer gestellt überfordern sie viele Menschen in Form einer Überpolitisierung (Marx wollte die Kommune als grundlegende politische Organisationsform auch gleich noch als „vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ etabliert wissen [MEW, S. 338], was – konträr zum Prinzip der Gewaltenteilung – natürlich die Gefahr politischer Machtballung und -monopolisierung birgt). Und sie sind gerade deswegen auch anfällig, irgendwann doch von charismatischen Führern gekapert zu werden oder auch nur von Berufspolitikern, welche die politische Arbeit für die Überforderten übernehmen. Die innerparteiliche Entwicklung der Grünen in Deutschland ist ein schönes Beispiel, Pardon: ‚schönes‘ Beispiel für diese Gefahren, Potenziale und Realitäten des Scheiterns.

Also ja: Basisdemokratie kann scheitern – nur ist der sogenannte Marxismus-*Leninismus* schon von der ersten Sekunde seines Entstehens gescheitert. Und genau genommen noch nicht mal gescheitert – weil er von vornherein nicht auf einen freiheitlichen, antiautoritären, demokratischen, ja basisdemokratischen Sozialismus gerichtet war. Sondern auf Lenins Kriegskommunismus. Und wenn man in Betracht zieht, wohin das Scheitern die Grünen geführt hat und wohin Lenins Kriegskommunismus – nun, dann scheitert man doch lieber nach Art der grünen Basisdemokraten a. D.

### **Autoritäre Linke – autoritäre Rechte**

Wenn das stimmt, was ich bislang analysiert und formuliert habe – müsste dann die autoritäre Linke mit der autoritären Rechten nicht ganz wunderbar harmonieren? Müssten dann jene, die jetzt zur AfD rennen, nicht auch zu einer autoritär schon immer anfälligen Linken rennen können und es real auch tun?

Nun ja – sie tun es ja. Perspektivisch zumindest. Einer auf den *Nationalstaat* konzentrierten *sozialkonservativen* Wagenknecht-Partei werden ja nicht geringe Erfolgchancen vorausgesagt. Speziell im Osten. Wo man mit dem Autoritären noch ein bisschen mehr Erfahrung hat als im Westen. Und man mag von Wagenknecht halten, was immer man will – Charisma hat sie. Und auch das ist etwas, worauf autoritäre Charaktere gerne anspringen.

Linke, universalistisch orientierte Kosmopoliten, zu denen ich mich selbst zähle, tendieren gelegentlich dazu, über *national* orientierte *Sozialkonservative* etwas die Nase zu rümpfen und in Abwandlung eines berühmten Zitates den national orientierten Sozialkonservatismus als den ‚Sozialismus der dummen Kerle‘, wenn nicht offen zu titulieren, so doch zu denken. Man sollte dabei manchen dieser ‚dummen Kerle‘ (um politisch korrekt zu sein: und Mädels), dieser sozialen Nationalisten, zumindest etwas Bauernschläue zugestehen und Reste logischer Denkfähigkeit – die womöglich zu folgenden Schlüssen führen: Wenn wir möglichst bald die Grenzen dichtmachen für weitere Geflüchtete, hat es ein schnelles Ende mit der immer weiter wachsenden Konkurrenz um (zumindest schlecht bezahlte) Arbeitsplätze, bezahlbare Wohnungen oder Sozialleistungen, welcher Art auch immer. Die große soziale Weltrevolution, an der die Linke zu arbeiten vorgibt und nach deren Verwirklichung alle Menschen ihren gerechten Anteil am Ganzen bekommen und es Fluchtgründe also gar nicht mehr gibt – nun, die lässt aber womöglich noch etwas länger auf sich warten. Also dann doch lieber zur AfD oder zur national-sozialkonservativen Wagenknecht-Partei – mag sich mancher dieser Kerle und Mädels sagen. Ob dumm oder nicht.

Kann man sich also vorstellen, wie auf diese Kerle und Mädels, auf diese Klientel der Deklassierten, der bedrohten oder sich auch nur bedroht fühlenden Globalisierungsver-

lierer die Forderung vieler Linker (früher noch mehr als heute) nach völlig offenen Grenzen für alle Flüchtenden und Migranten wirkt? Auch im geltenden Bundesprogramm der Partei Die Linke steht zu lesen: „Migration und Integration als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für Menschen in Not!“<sup>3</sup> Für alle Menschen in Not? Weltweit? Alle Staaten weltweit haben mehr oder minder rigide Migrationsregeln, ein mehr oder minder strenges Grenzregime. Hat irgendetwas hinreichend Vorstellungskraft zu imaginieren, was passieren würde, wenn nur ein Land weltweit, dazu ein sozialstaatlich recht hoch entwickeltes, „offene Grenzen“ für alle Menschen in Not realisieren würde? Wenn ja, dann reicht diese Vorstellungskraft auch aus, um zu begreifen, warum die Deklassierten aller Klassen womöglich doch lieber zur AfD rennen – oder zur werdenden Wagenknecht-Partei.

Wie könnte also eine linke, humane Migrationspolitik jenseits völlig offener Grenzen oder völliger Abschottung aussehen? Eine, die weder das materiell Mögliche (Arbeit, Wohnen, soziale Absicherung) noch das mental Mögliche großer Bevölkerungsteile und vor allem der Deklassierten aller Klassen überdehnt, überfordert – mit der Folge, diese Menschen an die politische Rechte zu verlieren? Dazu erst später ein paar Gedanken. Zunächst zu einer weiteren Lebenslüge vieler Linker.

### Die Linke und der Krieg

Putins verbrecherischer Krieg gegen die Ukraine war und ist eine herbe Lektion für die Linke, und zwar exakt in dem Sinne, den ich weiter oben schon angedeutet habe: Es ist bitter, zur Kenntnis nehmen zu müssen, wie extrem dünn der Firnis der Zivilisation und Moderne ausgebildet war und ist im Nachfolgestaat des russischen Zarenreiches, der Sowjetunion, des Stalinismus, des autoritären, bürokratischen Staatssozialismus unter Breschnew & Co. – und wie sehr Putins Politik noch von vormodernen, atavistischen Motiven geprägt ist: Imperialismus, nationaler Größenwahn, völkisch-religiöser Ethnozentrismus im Sinne der heiligen russischen Erde, die es zu verteidigen gelte gegen den dekadenten Westen.

Aber statt gegen diesen reaktionären Unrat komplett Front zu machen, ziehen viele Linke es vor, sich gegen jede Form von Waffenlieferungen an die Ukraine auszusprechen. Man solle vielmehr schnellstmöglich die Waffen schweigen lassen und zu einer Verhandlungslösung kommen, zu einem gerechten Frieden. Der einzig *gerechte* Frieden wäre aber der, der aus dem vollständigen Rückzug der russischen Truppen aus den seit dem 24. Februar 2022 eroberten ukrainischen Gebieten resultieren würde – und dass sich Putin auf so eine Verhandlungslösung einlassen würde, wird nur annehmen, wer seinen Wohnsitz irgendwo weit, weit hinter dem Mond hat.

Das nahezu Absurde ist dabei, dass *Die Linke* – und das ganz vernünftiger- und richtigerweise – in ihrem Programm bis heute das militär- und verteidigungspolitische Konzept der „strukturelle(n) Nichtangriffsfähigkeit“ vertritt.<sup>4</sup> Denn was heißt das? Dass es den Krieg Putins gegen die Ukraine, die Geltung dieses Konzepts vorausgesetzt, sehr wahrscheinlich nie gegeben hätte! Hätte die Ukraine am 24. Februar 2022 über eine ausgebildete Armee struktureller Nichtangriffsfähigkeit, aber sehr wohl *massiver Verteidigungsfähigkeit* verfügt, wäre der Angriff Putins auf die Ukraine mit hoher Wahrscheinlichkeit unterblieben. Die ukrainische Armee hätte nur Verteidigungswaffen gehabt – Flugabwehrraketen, Panzerabwehrwaffen, Aufklärungskapazitäten etc. Schon die erste Angriffswelle des russischen Militärs, die zur Ausschaltung der ukrainischen Luftwaffe führte, wäre unterblieben – mangels Zielobjekten. In einer Armee struktureller Nichtan-

<sup>3</sup> Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011, S. 51

<sup>4</sup> Ebd., S. 70 f.

griffsfähigkeit gibt es nämlich keine Kampfjets – nur Flugabwehrwaffen. Keine Kampfpanzer – nur Panzerabwehrwaffen. Keine Kriegsschiffe – nur Schiffsabwehrwaffen. Davon aber sehr viele – denn eine Rakete, die einen angreifenden Kampfjet vom Himmel holt oder ein angreifendes Kriegsschiff auf den Meeresboden verfrachtet, kostet nur einen winzigen Bruchteil des Kriegsgerätes, das sie zerstört.

Wie also können Linke auf die Idee kommen, der Ukraine generell Waffen vorzuenthalten – also auch Verteidigungswaffen? Waffen, die sie für ihr eigenes Verteidigungskonzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit fordern? Soll sich die Ukraine nicht verteidigen können, gar dürfen? Sondern sich einem Diktatfrieden Putins beugen? Ob das gut ankommt beim Wahlvolk? Bei vor allem nicht dummen Kerlen und Mädels?

### **Die Linke (und nicht nur die) als Ge- und Verbotspartei – auch aufgrund der Verwechslung oder Gleichsetzung von Markt und Kapitalismus**

Es gibt einen dritten Kontext, in dem die Linke an ihren eigenen, oft inkonsistenten bis widersprüchlichen Konzepten irregeworden ist und noch immer wird. Ihr geschichtlich erklärbarer (wenn auch nicht gutzuheißender) Hang zum Autoritären lässt sie immer wieder zu Ge- und Verboten tendieren, wenn es um die Umsetzung politischer Ziele geht, welcher auch immer, obwohl elegantere, effizientere, freiheitlichere Methoden denkbar sind – und machbar, grundsätzlich. Davon gleich mehr.

Dieser Hang zum kategorischen Ge- und Verboten ist auch dem Umstand geschuldet, dass der politische Hauptgegner vieler Linker, wie gesagt, der Kapitalismus ist – und nicht etwa vormoderne Atavismen wie Autoritarismus, Sexismus, Rassismus etc., wie auch schon gesagt. Und der Kapitalismus tendiert ja nun ganz massiv, speziell in seinen oligo- und monopolistischen Varianten, zum Totalitären, zur Weltherrschaft, zur Inwertsetzung und Ausbeutung noch des letzten Erdenwinkels, der letzten menschlichen und Naturressource, zur Ausschaltung aller Widerstände, mit schierer Kaufkraft, also Kapitalmacht in des Wortes ganz direkter Bedeutung, mit kapitaleigenen Massenmedien zur Manipulation des Volkswillens und zur Not auch mit Waffengewalt – das politische Personal des Kapitals wurde und wird nicht selten angehalten, den freien Zugriff auf die Weltmärkte, die Absatz- wie vor allem Rohstoffmärkte freizuschließen. Oder frei zu putzen, zu infiltrieren, zu destabilisieren, zu boykottieren – je nach Bedarf, Situation und Opportunität.

Der politische Gegner, der Kapitalismus, hat also, zumindest in historischer Perspektive, abgefärbt auf die Linke. Dem totalitären Hang des Kapitalismus zur Weltherrschaft, zu universeller Ausbeutung aller Länder, aller Menschen und der Natur, setzte die Linke den Totalitarismus der ehemaligen realsozialistischen Regime entgegen, die strenge Parteidisziplin und Parteilinie auch in kommunistischen Parteien westlicher Länder.

Nun hat die parteilich verfasste deutsche Linke, spätestens nachdem sich die östliche PDS mit der westlichen WASG 2007 zur Partei *Die Linke* zusammengetan hat, mit irgendwelchen stalinistischen Parteistrukturen nichts mehr zu tun – was innerparteiliche Demokratie betrifft, ist sie kein bisschen weniger weit entwickelt als CDU, CSU, SPD, FDP oder Grüne. Was ihr aber nach wie vor eignet, ist ein Hang zu bürokratischem Staatsinterventionismus – zumindest programmatisch, realpolitisch hat sie ja mangels politischer Macht keinerlei Chance, ihre Konzepte umzusetzen. Und in diesem Hang zum bürokratischen Staatsinterventionismus ähnelt sie übrigens vielen der eben genannten bürgerlichen Parteien.

Um Letzteres an nur einem, aber sehr aktuellen Beispiel zu verdeutlichen: Das „Gesetz für Erneuerbares Heizen“ schreibt den Hauseignern vor, ab wann genau (1. Januar 2024) und in welchen genauen Größenordnungen (65 Prozent) sie erneuerbare Energien beim Heizungsneubau zu nutzen haben. Das stellt viele Hauseigner vor große Probleme – und

entsprechend groß ist die Ablehnung gegenüber dem Gesetz.<sup>5</sup> Eine intelligente, wirksame Strategie des Umstiegs auf erneuerbare Energien, die ohne jede Ge- oder Verbote auskommt und vollkommen technologieoffen ist, würde, in Gesetzesform gepackt, hingegen so aussehen:

*„Der ökonomisch sehr aufwendige, bürokratische und wenig zielführende Emissionshandel wird in Deutschland vollständig abgeschafft. Die vorhandenen Steuern auf fossile Energieträger und auch die noch einzuführenden Steuern auf fossile Energieträger, die bislang noch nicht besteuert wurden (Kerosin etc.), steigen im Gegenzug ab sofort um 10 Prozent jährlich (zunächst begrenzt auf 10 Jahre, um danach zu evaluieren und, je nach Ergebnis, nachzujustieren). Die entsprechenden Steuereinnahmen sind zu verwenden für die Förderung der Nutzung regenerativer Energien (Freistellung dieser Nutzung von jeder Besteuerung), des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs (Senkung der Preise im Fernverkehr, Abschaffung der Fahrpreise im ÖPNV) sowie für den sozialen Ausgleich, also die finanzielle Unterstützung von Personen mit geringen Arbeits- oder Sozialeinkommen (Senkung der Eingangssteuersätze, Erhöhung der Steuerfreibeträge, Erhöhung kleiner Renten, der Hartz-IV-Sätze, des BAföG etc.).“<sup>6</sup>*

Hier könnte jeder selbst entscheiden, wann genau und wie genau er auf die immer weiter steigenden Preise auf fossile Energieträger Schritt um Schritt reagiert – mit Energieeinsparmaßnahmen (Gebäudeisolierung, dickere Kleidung auch zu Hause etc.), steigender technologischer Energieeffizienz, Umstieg auf individuelle E-Mobilität, eigene Beine, Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel, Produktion eigener Energie auf dem Dach (Fotovoltaik oder kleine Windräder) und Speicherung im eigenen Keller (ehemals Öltank-Keller) oder Einbau von Wärmepumpen – wie auch immer, in welcher Kombination auch immer. Wie es am besten passt und den eigenen Möglichkeiten entspricht – Möglichkeiten, die man am besten selbst kennt und kein Bürokrat oder Politiker in fernen Verwaltungs- oder Regierungsgebäuden.

Worauf ich grundsätzlich hinauswill: Viele Linke reagieren auf marktorientierte Lenkungsinstrumente phobisch. Meine These ist, dass diese Phobie aus einer fundamentalen Verwechslung bzw. Gleichsetzung der Begriffe wie der sozioökonomisch-historisch bzw. -zeithistorisch realen Phänomene *Markt* und *Kapitalismus* resultiert. Diese Gleichsetzung ist in zweifacher Hinsicht, *historisch* wie *logisch*, völlig falsch. Im Schnellkurs:

- Märkte haben Jahrtausende schon existiert und funktioniert, bevor der Kapitalismus als historisches Phänomen überhaupt aufkam. Und in seinen oligopolistischen bzw. monopolistischen Varianten hat der Kapitalismus den Marktmechanismus oft schon hinter sich gelassen. Markt geht ohne Kapitalismus. Kapitalismus geht ohne Markt.
- Ein funktionierender Markt ist (systemtheoretisch betrachtet) ein *intrinsischer*, selbstregulierter *Austauschmechanismus*. Der Kapitalismus hingegen ist ein *extrinsischer*, über Kapital-, also Eigentümermacht hierarchisch regulierter *Verteilungsmechanismus*. Es ist in keiner Weise vorherbestimmt, wer auf einem Markt als Verkäufer oder Käufer auftritt: private Einzelpersonen, private Unternehmen, öffentliche Vertreter, Unternehmen oder Institutionen – alles ist möglich und auch, mehr oder weniger, real der Fall. Es ist also auch eine sozialistische Marktwirtschaft möglich: Auf dem Markt träten nur noch private Einzelpersonen oder demokratisch-selbstverwaltete kollektiveigene Unternehmen und öffentliche

<sup>5</sup> Die Linke hat im Bundestag zwar auch gegen das Gesetz gestimmt, aber nicht, weil es zu bürokratisch-interventionistisch gewesen wäre, sondern weil sie dagegen war und ist, dass die Kosten für neue Heizungssysteme von den Vermietern auf die Mieter umgelegt werden können.

<sup>6</sup> Vgl. Egbert Scheunemann: Der Krieg und die Energie. Vom drohenden Scheitern der ökologischen Energiewende und vom Konzept ‚*Millionen vernetzter Produzenten und Zwischenspeicher solarer Energie*‘ als schneller Weg in eine hundertprozentige Sonnenenergiewirtschaft ([www.egbert-scheunemann.de/Energiewende-droht-zu-scheitern-Scheunemann.pdf](http://www.egbert-scheunemann.de/Energiewende-droht-zu-scheitern-Scheunemann.pdf)), S. 7

Institutionen auf. Die Verteilungsergebnisse im Kapitalismus sind hingegen in hohem Maße vorherbestimmt – durch private Kapital- und Eigentümermacht. Ein sozialistischer Kapitalismus ist also unmöglich, ein Widerspruch in sich selbst. Die Linke ist historisch und teilweise bis heute viel zu sehr fixiert auf die Kapitalfrage. Es geht um Enteignung – oder nicht. Also mal wieder um die Ge- bzw. Verbotsfrage, diesmal quasi um ihren harten Kern. Über Lenkungssteuern und die staatliche Lenkung von Nachfrageströmen lässt sich jedoch eine gesamte Volkswirtschaft hinlenken, wohin immer man sie haben will – analog zum oben kurz beschriebenen steuerlichen Weglenken eines gesamten Energieversorgungssystems einer gesamten Volkswirtschaft, weg von der Nutzung fossiler Energieträger.

Wiederum im Schnellkurs: Erhöht der Staat, wie eben gezeigt, Schritt um Schritt die Steuern auf fossile Energieträger, lassen Verbraucher wie Produzenten Schritt um Schritt die Finger von diesen fossilen Energieträgern. Fragt der Staat Rüstung nach, produziert die Industrie Rüstung. Fragt er keine oder weniger Rüstung nach, produziert die Industrie keine oder weniger Rüstung. Fragt der Staat Atomkraftwerke nach, dann produziert die Industrie Atomkraftwerke – und wenn nicht, dann nicht. Fragt der Staat Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und Krankenhäuser nach, dann produziert die Industrie Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und Krankenhäuser – und wenn nicht, dann nicht.

Wir sehen: Man kann über die staatlich-öffentliche, also demokratisch legitimierte Lenkung von Nachfrageströmen eine gesamte Volkswirtschaft in welche Richtung auch immer lenken – ohne die Kapitalfrage bzw. Kapitalismusfrage, auf die viele Linke so sehr fixiert sind, auch nur ansprechen zu müssen. Kapital, Kapitalismus – war da was?

Okay, es sei zugestanden, dass die sozialökologische Umlenkung einer gesamten Volkswirtschaft natürlich noch etwas schneller und reibungsloser ginge, würde sich der demokratisch legitimierte Staat Schritt um Schritt in sämtliche Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung einkaufen bis hin zu einer Sperrminorität. Damit er im Falle eines sozialökologisch problematischen Falles auch sagen kann: „No!“ Ansonsten könnten die Marktteilnehmer und speziell die Produzenten, sozialökologisch durch entsprechende Arbeitnehmer- und Naturschutzgesetze, Lenkungssteuern und Lenkung der öffentlichen Nachfrage eingehegt und in die ökosozial richtige Richtung bugsiert und gelockt, tun und lassen, was sie wollen. Man nennt es Freiheit. Auch in der Wirtschaft – aber in einem ökosozial vernünftigen Rahmen.

Weil eine sozialistische Weltrevolution oder auch nur eine in Deutschland, die den Kapitalismus mit großem Paukenschlag kurzfristig abschafft, derzeit und auch für alle absehbare Zeit so wahrscheinlich ist wie die spontane Umkehrung der Drehrichtung des Erdballs, bleibt der (nicht nur universalistischen) Linken absolut keine Wahl: Die Welt wird sich in Richtung eines freiheitlichen, humanen, sozialökologisch aufgeklärten Sozialismus jenseits der Kapitalherrschaft niemals revolutionär, sondern allein evolutionär, also Schritt um Schritt entwickeln – oder überhaupt nicht. Und wenn man in Betracht zieht, wohin die großen Revolutionen der Neuzeit, siehe oben, geführt haben, ist das womöglich eine eher tröstliche Perspektive. Alles zählt, für alles ist zu kämpfen, was den Kapitalismus sozial und ökologisch mehr und mehr einhegt und mittel- und langfristig scheinbarweise abschafft: die Erhöhung der Kapital- und Einkommenssteuern, der Erbschaftssteuer, die Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer, die Einführung von Gewinn- und Kapitalbeteiligung der arbeitenden Bevölkerung, die Förderung von Genossenschaften – und was hier diesbezüglich noch alles aufzuzählen wäre, reichte der Platz.

Zu diesen und einigen anderen Fragen linker Strategie und Taktik im Folgenden noch einige abschließende Gedanken.

## **Strategie und Taktik einer Linken auf der Höhe der Zeit – im langen Schatten des rechtsautoritären Zeitgeistes**

Um es in aller Klarheit gleich zu Anfang zu sagen: Eine auf die universelle Entfaltung der Persönlichkeit ausgerichtete antiautoritäre, basisdemokratische, radikal freiheitliche, multikulturelle, laizistisch-antireligiöse, feministische, geschlechtsliberale, kosmopolitische, international solidarische Linke – ich nenne sie mal die *Universalistische Linke* (zu der ich mich selbst rechne) – hat im herrschenden konservativen, autoritären, mehr und mehr auch rechtsextremen Zeitgeist nicht den Hauch einer Chance. Eine, wie ich sie ab jetzt nennen werde, national orientierte *Sozialkonservative Linke* à la Wagenknecht-Partei aber sehr wohl. Das ist bitter, das ist furchtbar, aber es ist so. Das Aufeinandertreffen so vieler Krisen und realer oder auch nur gefühlter Bedrohungen bringt bei sehr, sehr vielen Menschen nicht die schönsten Seiten zum Vorschein. Sondern die hässlichen. Den Territorialtrieb. Den Fressneid. Die Selbstsucht. Die Ellenbogen. Die Wadenbeißerei. Den Fremdenhass. Den Rassismus. Den Antisemitismus. Oder auch den Totschlag von Migranten und Asylsuchenden, das Brandschatzen ihrer kümmerlichen Unterkünfte.

Habermas sagte schon vor langen Jahrzehnten, die Menschheit stecke in ihrer Adolenzenzkrise – sie sei also noch nicht ganz erwachsen, noch nicht ganz mündig und aufgeklärt. Wir erleben gerade einen nicht geahnten Zenit dieser Krise, eine Hochphase – des Niedergangs, des Rückschritts ins Vormoderne, Atavistische. Ein Zerreißen des dünnen Firnisses der Zivilisation in großen Teilen der Welt. Was sollte, was kann die Linke tun in solchen Zeiten der Finsternis – und der realistischen Perspektive auf noch tiefere Finsternis? Die Antwort darauf kann nur so differenziert sein wie die Linke selbst:

### **Universalistische Linke**

Die *Universalistische Linke* sollte niemals ihre Zielsetzungen aus den Augen verlieren. Es ist quasi ihre geschichtsphilosophische Aufgabe, für einen humanen, demokratischen, freiheitlichen und ökologisch aufgeklärten Sozialismus zu kämpfen. Sie muss sich aber immer wieder daran erinnern, dass sie eine kleine Minderheit ist – und für lange, lange Zeit bleiben wird. Speziell in diesen düsteren Zeiten ist sie komplett in der Defensive. Sie kann die Zeit ihrer sozialen und politischen Verbannung aber nutzen in mehrfacher Hinsicht:

Das Wichtigste ist die permanente Selbstvergewisserung auf allen Ebenen, in allen Foren, auf und in denen man so und so schon aktiv ist: als Wissenschaftler, Lehrer, Journalist, Künstler, Sozialarbeiter, NGO-Aktivist, Parteimitglied, Gewerkschafter, Betriebsrat – wo und wie auch immer. Nur diese permanente Selbstvergewisserung in Form kommunikativer Vernetzung wird ihre immer weitere gesellschaftliche Marginalisierung, wenn nicht ihren finalen Untergang verhindern – das unermüdliche Weiterarbeiten an den Zielen der Universalistischen Linken in der stillen Hoffnung, die Menschheit möge sich irgendwann doch in Richtung dieser Ziele entwickeln. Kommunikative Vernetzung ist die sozial kleinräumige Variante politisch großräumiger Bündnispolitik. Der Prozess der permanenten Selbstvergewisserung sollte also auch immer den Blick und das Kommunikationsangebot orientieren in Richtung politischer Organisationen und Kräfte mit hoher Affinität zu den Zielen der Universalistischen Linken – auch bei den Grünen, am linken Rand der SPD und in manch anderen politischen und sozialen Organisationen (NGO wie Attac etc.) gibt es viele Menschen, die man eigentlich nur als universalistische Linke bezeichnen kann.

Notwendig wird auch sein, sich der Gründe zu vergewissern, warum sich die *Sozialkonservative Linke*, die sich gerade formiert, vom ehemals gemeinsamen Projekt verabschiedet hat. Konkret: Die Universalistische Linke muss ihr Menschenbild überprüfen,

sie muss die Prinzipien ihrer Friedens- und Sicherheitspolitik überprüfen und schließlich auch ihr Verhältnis zu Markt, Kapitalismus und Staat. Wieder im Schnellkurs:

Zum *Menschenbild*: Mit ihrer Forderung nach vollkommen „offenen Grenzen“ überfordert die Universalistische Linke die überwältigend große Mehrheit der Bevölkerung dramatisch. Die Universalistische Linke kommt nicht umhin, irgendeine Form der Regulierung von Migration zu entwickeln – möglichst großzügig und human, das versteht sich von selbst, speziell für Kriegsflüchtlinge oder politisch, rassistisch, sexistisch Verfolgte. Aber eben eine Regulierung, die Rücksicht nimmt auf die materiellen Potenzen (Arbeit, Wohnen, Sozialsysteme) und mentalen Möglichkeiten großer Teile der Bevölkerung. Und zu letzteren zählen eben auch die begrenzten Fähigkeiten mentaler soziokultureller Anpassung in (zu) kurzer Zeit. Man darf die Menschen nicht überfordern, sonst reagieren sie ablehnend – wenn nicht aggressiv. Ich habe weiter oben schon ausgeführt, was passiert, wenn man mit Scharen autoritärer Zwangsneurotiker versucht, von heute auf morgen, also revolutionär, einen antiautoritären, freiheitlichen Sozialismus aufzubauen – ich möchte mich hier nicht wiederholen. Man stelle sich aber zumindest vor, wie diese Massen reagierten, würde Deutschland als einziges Land in der Welt von heute auf morgen völlig „offene Grenzen“ beschließen – mir zumindest stockt der Atem. Ich äußere hier mal eine Vermutung, nein: eine apodiktische These: Jene, die völlig „offene Grenzen“ fordern, tun das allein, weil sie wissen, dass das niemals der Fall sein wird – und weil sie also zudem wissen, dass sie niemals die verheerenden Folgen eines solchen Falles selbst werden erleben und ertragen müssen.

Ein, diplomatisch formuliert, etwas idealistisches Menschenbild kommt bei der Universalistischen Linken auch mit Blick auf die *Friedens- und Sicherheitspolitik* zum Vorschein. Jeder universalistische Linke wünscht sich eine Welt ohne Waffen und Kriege. Ich auch. Aber diese Welt wird es, mit viel Glück, vielleicht in einigen Hundert Jahren geben. Der Menschenschlag, der zu vormodernem Atavismus, zu Nationalismus, Ethnozentrismus, Rassismus und Sexismus tendiert, ist derselbe, der sich von entsprechend getakteten Führern auch schnell in den nächsten Krieg hetzen lässt. Die Linke hat das militärpolitische Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit selbst (!) entwickelt. Dessen andere Seite ist aber eine *massive Verteidigungsfähigkeit* – was damit gemeint ist, habe ich weiter oben schon beschrieben. Die Universalistische Linke muss sich zu diesem selbst entwickelten Konzept bekennen – und dazu stehen. Und seine Durchsetzung fordern. Ob es gerechte Kriege gibt, weiß ich nicht. Es gibt aber gerechte Verteidigungskriege. Dazu braucht es Waffen. Verteidigungswaffen. Siehe oben.

Die Universalistische Linke muss schließlich ihr Verhältnis zu *Markt, Kapitalismus und Staat* überdenken und klären:

Zum Thema *Markt* – und seiner Abgrenzung zum Kapitalismus – habe ich weiter oben schon alles Wichtige gesagt. Hier nur noch so viel: Wer in einer hochkomplexen Volkswirtschaft die millionenfachen Beziehungen zwischen Vor- und Endprodukten und alle entsprechenden Austauschbeziehungen zentral bis ins kleinste Detail mit hohem bürokratischen, also auch finanziellem und Arbeitsaufwand regulieren möchte, obwohl er diese Regulationsleistung vom Marktmechanismus (und zwar einem indirekt via Lenkungssteuern und Nachfragesteuerung in die richtige sozialökologische Richtung gelenkten) umsonst bekommt, ist kein Linker, sondern ein Idiot. Kurzum: Die Universalistische Linke sollte ein völlig entspanntes Verhältnis zum Marktmechanismus entwickeln – zu einem *Mechanismus* (der eben kein *Herrschaftsverhältnis* ist), den man intelligent nutzen sollte für die eigenen Zwecke und Ziele.

Zum Thema *Kapitalismus* sei sofort gefragt: Welcher denn? Der historische Manchesterkapitalismus mit Massenverelendung und zwölf Stunden täglicher Kinderarbeit, der zeithistorische neoliberale eines Pinochet in Chile, eines Jelzin im postsozialistischen Russland mit analoger Massenverelendung und maßloser Bereicherung der Großgrundbesitzer, Großindustriellen und sonstigen Oligarchen – oder der rheinische Kapitalismus

mit Sozialstaat und Auto und Reihenhäuschen auch für kleine Arbeitnehmer? Oder gar der „Kapitalismus“ damals unter Olof Palme im Schweden der 1970er-Jahre mit einer Staatsquote von rund 75 Prozent?

Als ich Ende der 1970er-Jahre anfang, Politikwissenschaften (und Philosophie) zu studieren, waren zwei Bücher (eines von Jürgen Habermas, eines von Claus Offe) absolut up to date, in denen es um den sogenannten „Spätkapitalismus“ geht. Seit inzwischen fast einem halben Jahrhundert evoziert, beschwört, ersehnt, thematisiert, unterstellt, behauptet die Linke den *Spätkapitalismus*, natürlich als Vorbote eines bald bevorstehenden Zusammenbruchs des Kapitalismus insgesamt, wie auch immer: revolutionär, evolutionär, durch eine große Managerrevolution (die wurde wirklich mal als nicht unwahrscheinlich fantasiert), durch seine schleichende Abschaffung via staatlicher Sozial- und Umweltpolitik, Investitionsplanung, Investitionsfonds – wie auch immer. Ein Blick auf die Realität lehrt hingegen: Der Kapitalismus stolpert zwar von einer Krise in die nächste, aber eben auch von einem Wachstumserfolg zum nächsten – nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre sogar weltweit. Noch nach jeder Krise ist er auferstanden in neuem Glanz, in neuer Glorie. Wenn man überhaupt von *dem* Kapitalismus sprechen will und *der* zentralen seiner vielen Eigenschaften, dann ist es seine unglaubliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit – man betrachte nur die rasend schnelle technologische Entwicklung im IT-Bereich oder der Techniken der Nutzung erneuerbarer Energien (was leider nicht ihre hinreichend schnelle und umfassende konkrete Anwendung bedeutet).

Wenn die *revolutionären* Versuche, den Kapitalismus abzuschaffen, aus den genannten Gründen alle in die Grütze gegangen sind und der Kapitalismus sich historisch, zeit-historisch und aktuell in unglaublich vielen Varianten zeigte und zeigt, hochflexibel angepasst an die jeweilige Situation und frisch erstarkt der letzten Krise entsprungen – womöglich wäre es ja die richtige Strategie einer Universalistischen Linken, diese unglaubliche Flexibilität zu nutzen? Sie in Richtung der eigenen Ziele zu lenken? Mit den oben genannten Instrumenten? Nur zur Erinnerung: Fragt der Staat Atomkraftwerke oder Panzer nach, produziert die kapitalistische Wirtschaft Atomkraftwerke oder Panzer – und wenn *nicht*, dann *nicht*. So einfach könnte es gehen. Einfacher auf jeden Fall als die Initiierung der sozialistischen Weltrevolution oder auch nur einer Revolution in Deutschland, die ausnahmsweise mal *nicht* ihre Kinder fressen würde ...

Und schließlich zum Thema *Staat*: Es ist nahezu dasselbe wie beim Kapitalismus. Auch den (kapitalistischen) Staat gibt es in einem extrem weiten Spektrum, von brutalsten bis – cum grano salis – wünschenswerten Varianten. Vom Staat Hitlers, Stalins oder Pinochets bis zu dem von Willy Brandt, Olof Palme oder – Olaf Scholz. Vom Folterkeller bis zum BAföG und Bürgergeld. Die Linke hatte schon immer ein sehr ambivalentes Verhältnis zum Staat – das einer absoluten Gegnerschaft gegenüber einem Staat, der nur als ausführendes Organ des Willens der herrschenden Klassen interpretiert wurde, der Industrie- oder Finanzkapitalisten, der Großgrundbesitzer, je nachdem. Aber auch die Sicht auf den Staat als Herrschafts- und Machtinstrument, das – revolutionär erobert – zu eigenen Zwecken genutzt werden kann: von der Ausschaltung der Konterrevolutionäre bis zur staatlichen Planung der Wirtschaft. Wie aber, wenn die Universalistische Linke zum Staat ein ähnlich entspanntes Verhältnis entwickeln würde, wie ich es ihr gegenüber dem Marktmechanismus empfohlen habe? Oder wie es Marx und Engels jenseits aller Staatsverteufelung oder Staatsvergottung anempfahlen: „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht »abgeschafft«, *er stirbt ab*.“ (MEW 19, S. 224) Wohlgemerkt: Als *Herrschaftsinstrument* stirbt er ab, nicht als Verwaltungsinstrument.

Zur Strategie der Universalistischen Linken sei abschließend gesagt: Ohne diese programmatisch-strategischen Anpassungen in Sachen Menschenbild, Friedens- und Sicherheitspolitik und mit Blick auf Markt, Kapitalismus und Staat wird die Universalistische

Linke eine sehr kleine Minderheit bleiben, die keinerlei Einfluss hat auf realpolitische Prozesse – maximal einen sehr, sehr indirekten Einfluss über die Beeinflussung der Diskurse in der halbwegs liberalen Bürgerpresse oder in linker Publizistik. Aber es sei auch ganz offen gesagt: Auch mit diesen programmatisch-strategischen Anpassungen wird ihr Einfluss sehr gering bleiben – denn erstens steht der Zeitgeist rechts und er tendiert immer weiter nach rechts. Und zweitens ist ihr in einigen Fragen die *Sozialkonservative Linke* vorausgeeilt. Weil Letztere schon einigen programmatischen ‚Ballast‘ abgeworfen hat, der die Universalistische Linke für große Teile der Bevölkerung nicht wählbar macht, wird die *Sozialkonservative Linke*, die sich gerade formiert, wohl weit größeren Einfluss und Erfolg haben – ‚Erfolg‘ hier ganz wertfrei und banal interpretiert im Sinne von Wahlerfolgen.

Es sei zugestanden, dass es in einer Situation, in der der Einfluss der Universalistischen Linken, ob mit oder ohne programmatisch-strategische Anpassung, sehr gering ist und bleiben wird, eine rationale Option ist, dann doch lieber diese Anpassung zu verweigern und bei der reinen Lehre zu bleiben. Das wird jeder universalistisch orientierte Linke für sich selbst entscheiden müssen. Ich auch.

### **Sozialkonservative Linke**

In dem Maße also, wie der Einfluss der Universalistischen Linken sinkt, scheint der der *Sozialkonservativen Linken* zu steigen – und nicht nur in diesem Maße, denn das Wählerpotenzial der Sozialkonservativen Linken ist grundsätzlich sehr viel größer als das der Universalistischen Linken. Die Universalistische Linke selbst und auch ihr Wählerpotenzial kommen aus dem (vor allem höher) gebildeten liberalen, multikulturell geprägten städtischen Milieu (Ausnahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel). Das Wählerpotenzial der Sozialkonservativen Linken ist hingegen, zumindest grundsätzlich, das Gesamt der Deklassierten aller Klassen, der realen oder sich auch nur so fühlenden Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer – insofern diese Verlierer auf der Skala Richtung autoritärer Persönlichkeit nicht schon zu weit nach rechts abgedriftet sind oder schon immer autoritäre Zwangscharakter waren, die nicht mehr erreicht werden können. Es sei denn von AfD, Reichsbürgern & Co. Menschen, deren Fremdenhass so stark ist, dass sie, etwa als kleine Arbeitnehmer, gegen ihre manifesten Interessen zum Beispiel die AfD und damit eine durch und durch neoliberale, arbeitnehmerfeindliche Partei wählen, sind für die Linke, welche auch immer, unwiederbringlich verloren. Wir sollten sie einfach rechts liegenlassen.

Das Politikangebot der Sozialkonservativen Linken, das sich inzwischen abzeichnet, kommt ‚kleinen‘ Leuten, Arbeitern, Angestellten, Handwerkern, Rentnern, Sozialgeldempfängern sehr stark entgegen, denen es mit der Globalisierung und der Modernisierung auf allen Ebenen zu schnell geht – mit der Migration, die als Bedrohung und Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten, dem Wohnungsmarkt und auch mit Blick auf das Sozialstaatsangebot betrachtet wird, und auch mit dem Umbau der gesamten Industriegesellschaft (Verkehr, Energieversorgung (Heizung), Landwirtschaft etc.) in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit. Wagenknecht, die derzeitige Galionsfigur der Sozialkonservativen Linken, hat sich in Sachen Begrenzung der Migration mehrfach deutlich geäußert – und zum Beispiel auch den Boykott russischen Gases und Öls kritisiert, weil man mit den folgerichtig massiv steigenden Energiepreisen der deutschen Wirtschaft und vor allem den kleinen Leuten schade. Es wundert nicht, dass sie mit diesen Positionen – nicht nur, aber vor allem – in den östlichen deutschen Bundesländern auf Zustimmung stößt, also dort, wo sich Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer sowie, aus geschichtlichen Gründen, Affinitäten Richtung Russland häufiger finden als im westlichen Teil der Republik.

Die Frage wird sein, ob die Spaltung der Linken in eine Universalistische Linke und eine Sozialkonservative Linke insgesamt ein größeres Wählerpotenzial erschließen kann

als *Die Linke* mit ihrer Parteiform und Programmatik vor dieser Spaltung. Ich glaube ja – ganz wertfrei, ganz politikwissenschaftlich und -analytisch gesprochen. Als Sarah Wagenknecht am 8. September 2022 in ihrer Bundestagsrede der Regierung einen „beispiellosen Wirtschaftskrieg“ gegen Russland, Deutschlands bislang wichtigstem Energielieferanten, vorwarf, ging eine Welle der Empörung durch die Partei und viele erklärten ihren Parteiaustritt. Alle, die sich aufgrund dieser Empörung von der Linken abgewendet hatten, könnten nach der Abspaltung des Wagenknecht-Flügels eigentlich wieder zurückkommen, wieder eintreten in *Die Linke* – nun reduziert auf ihren universalistischen Kern. Ich fürchte nur, dass das weniger sein werden, als die Wagenknecht-Linke von der Partei abspalten wird.

Vor allem aber wird die Wagenknecht-Partei, wie schon ausgeführt und begründet, ein weit größeres Wählerpotenzial erschließen können als die *Die Linke*, deren Wählerverluste durch den Weggang der Wagenknecht-Anhänger wahrscheinlich sehr viel größer sein werden als die Wählergewinne durch jene, die sich als tendenziell universalistisch linke Wähler von der Linken abgewandt hatten aufgrund des ihres Erachtens zu großen Einflusses des Wagenknecht-Flügels in der Partei.

Die wahrscheinlichste Entwicklung wird also sein, dass *Die Linke* – und damit, zumindest in groben Zügen, die Vertretung der Universalistischen Linken im deutschen Parlament – aus dem Bundestag fliegt, die neue Wagenknecht-Partei aber dort (oder zumindest in einige östliche, vielleicht auch westliche Landesparlamente) einziehen wird. Ich hoffe innigst, mich zu irren. Dass beide in den nächsten Bundestag einziehen werden aufgrund einer (nach dem Motto „Getrennt marschieren, vereint gewinnen!“) sehr viel besseren Erschließung einer sehr viel breiteren Wählerbasis als bislang – das zu erhoffen verbietet die Angst, hier als hoffnungstrunkener Kampfoptimist durchzugehen und ausgelacht zu werden. Insofern erübrigen sich auch Überlegungen, wie eine parlamentarische Zusammenarbeit beider Fraktionen der Linken, in Hassliebe innigst vereint, aussehen könnte.

### **Aktueller Schlusssatz**

In den Tagen, in denen ich diesen Artikel, der mit Blick auf die Ziele und Werte einer Universalistischen Linken nicht unbedingt vor Optimismus strotzt, geschrieben habe, wurde in Argentinien Javier Milei zum Präsidenten gewählt, Geert Wilders Partei bekam bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden die mit Abstand meisten Stimmen – und in den USA wird unter den Kandidaten der Republikaner, die sich einen regelrechten Überbietungs-, wenn nicht Unterbietungswettbewerb liefern in Sachen Rechtspopulismus bis -radikalismus, wohl wieder Donald Trump das Rennen machen. Die reale Entwicklung schien eine perverse Lust dabei zu haben, die Niederschrift meiner pessimistischen Sicht auf die Zukunft speziell der Universalistischen Linken zu begleiten und – zu bestätigen. Es ist Anfang Dezember 2023. Eisige Zeiten stehen bevor. Ein womöglich langer, langer Winter.